An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Festsetzung der zeitlichen Beanspruchung und der Entschädigung der Mitglieder der Schulpflege

Antrag:

Der Grosse Gemeinderat beschliesst:

I. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die zeitliche Beanspruchung der teilamtlichen Mitglieder der Schulpflege rund 40 Prozent beträgt.

II. Die teilamtlichen Mitglieder der Schulpflege erhalten eine Pauschalentschädigung im Umfang von 40 % des Maximums der Lohnklasse 12 gemäss Art. 44 in Verbindung mit der Lohnskala im Anhang des Personalstatuts. Die Entschädigung ist PK-versichert.

III. Der Vizepräsident oder die Vizepräsidentin erhält zusätzlich eine Pauschalentschädigung von 10 % der Entschädigung gemäss Ziff. II.

IV. Die Mitglieder der Schulpflege erhalten eine feste Spesenentschädigung von jährlich 2000 Franken.

V. Die Bezüge gemäss Ziffern II und IV werden gemäss Art. 55 des Personalstatuts im gleichen Umfang an die Teuerung angepasst wie die Löhne der Angestellten.

VI. Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung der neuen Gemeindeordnung durch das Volk in der Abstimmung vom 26. September 2021. Bei einer Zustimmung des Volks tritt dieser Beschluss per 1. Januar 2022 in Kraft.

Weisung:

1. Ausgangslage

Am 29. März 2021 hat der Grosse Gemeinderat der Stadt Winterthur den Entwurf für eine neue Gemeindeordnung zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet. Der Abstimmungstermin ist auf den 26. September 2021 festgelegt. Im Rahmen der Parlamentsdebatte wurde seitens des Grossen Gemeinderats gefordert, dass einerseits von einer höheren zeitlichen Beanspruchung als bisher ausgegangen wird und dass andererseits bereits vor den Sommerferien 2021 und somit vor dem Abstimmungstermin die Weisung mit den Angaben über die zeitliche Beanspruchung sowie die Entschädigung der Mitglieder der Schulpflege an den Grossen Gemeinderat überwiesen wird. Dies ist erforderlich, da die Parteien die Evaluation der Kandidatinnen und

Kandidaten für die Schulpflege aufgrund des Termins für den ersten Wahlgang für die Schulpflege vom 13. Februar 2022 bereits in diesem Sommer starten müssen und dabei auf diese Angaben angewiesen sind.

2. Festlegungskompetenz für zeitliche Beanspruchung und Entschädigung der Schulpflegemitglieder

In Art. 42 Abs. 1 der neuen Gemeindeordnung wird festgelegt, dass die Schulpflege aus einem Mitglied des Stadtrats als Schulpräsidentin oder Schulpräsident sowie sechs teileamtlich tätigen Mitgliedern besteht. Das Pensum und die Entschädigungen der Schulpräsidentin oder des Schulpräsidenten ergeben sich aus den Regelungen für die Mitglieder des Stadtrats. Für die teileamtlichen Mitglieder der Schulpflege ist Art. 2 Abs. 1 des Personalstatuts massgebend, wonach für die Amtsstellung und das Arbeitsverhältnis der Inhaberinnen und Inhaber behördlicher Ämter das Personalstatut sinngemäss unter Vorbehalt des kantonalen Rechts, der Gemeindeordnung sowie besonderer Beschlüsse des Grossen Gemeinderates gilt. In Abs. 2 bzw. 3 der genannten Bestimmung sind besondere Entschädigungsregelungen für die Mitglieder des Stadtrats sowie für nebenamtliche Behördenmitglieder festgelegt. Keine Bestimmung gibt es bisher für teileamtliche Behördenmitglieder. Entsprechend kann der Grosse Gemeinderat die zeitliche Beanspruchung und die Entschädigung der teileamtlichen Mitglieder der Schulpflege mittels eines besonderen Beschlusses regeln.

3. Aufgaben der Schulpflege

Gemäss der Behördenorganisation in der neuen Gemeindeordnung kommt der Schulpflege die politische und strategische Führung und Steuerung der Volksschule der Stadt Winterthur zu. Dies beinhaltet gemäss Art. 44 der neuen Gemeindeordnung die Führung und Aufsicht, die strategischen Entscheide, die gesamtstädtische Koordination, die Verankerung der Schuleinheiten im Quartier sowie weitere Aufgaben, die nicht anderen Stellen übertragen sind. Weiter fallen die Rechtssetzung, die Rechtsentscheide sowie die betriebliche Steuerung (Finanzplanung, Monitoring, Stellenplanung) in den Zuständigkeitsbereich der Schulpflege. Eine zentrale Aufgabe der Schulpflege ist die Repräsentation der Volksschule und dabei insbesondere die Elternanhörung.

Dagegen soll die operative Führung, soweit gemäss den kantonalen Vorgaben zulässig, vollständig an die untergeordnete Leitung Bildung delegiert werden. Die Schulpflege nimmt somit keine betrieblichen Führungs- und Managementaufgaben wahr. Die Entscheide der Schulpflege werden analog zum Stadtrat von der Verwaltung vorbereitet. Bei Einzelverfügungen (zum Beispiel die Zuteilung zur Sonderschulung) kann ein Referentensystem durch einzelne Mitglieder der Schulpflege vorgesehen werden. Zudem können Ausschüsse gebildet werden.

4. Zeitliche Beanspruchung der Schulpflege

Die zeitliche Beanspruchung der sechs teileamtlichen Mitglieder der Schulpflege ist von verschiedenen Faktoren und Vorgaben abhängig. Insbesondere stützt sie sich auf die in § 42 Volksschulgesetz festgelegten gesetzlichen Aufgaben der Schulpflege. Aufgrund der anfallenden Arbeiten und einer empirischen Aufwandschätzung ist von folgendem Zeitbedarf auszugehen:

- Sitzungen der Schulpflege inkl. Vorbereitung (ohne Referat):
4 Stunden/Person à 38 Wochen 912 Stunden
- Referat für Einzelverfügungen (700 Sonderschulverfügungen, 100 strittige Schülerbelange, 100 strittige Schulhauszuweisungen, 40 strittige Personalbelange):
940 Einzelverfügungen à 1h 940 Stunden
- Repräsentation: Elternsprechstunde vor Ort bei den 40 Schulen:
10x pro Jahr und Schulhaus à 3 Stunden 1200 Stunden
- Aufsicht und Qualitätssicherung bei den 40 Schulen (inkl. Betreuung):
2 Tage (16 Stunden) pro Schule/Jahr 640 Stunden

• Beurteilung der Schulleitungen: Referat für die Genehmigung der Mitarbeitenden-Beurteilung der 80 Schulleitungspersonen durch die Leitung Bildung 1 Stunde je Mitarbeitenden	80 Stunden
• Weiterbildung, Tagungen, Klausuren: 5 Tage à 8 Stunden/Person u. Jahr	240 Stunden
• Flexible Aufgaben: 2 Stunden/Person à 38 Wochen	456 Stunden
Total Stundenbedarf Schulpflege	4468 Stunden

Die 4468 Stunden entsprechen bei einem Vollpensum von 1890 Stunden rund 2.4 Vollzeiteinheiten bzw. bei sechs Mitgliedern der Schulpflege einer zeitlichen Beanspruchung von je ca. 40 % pro Person.

5. Entschädigung der Mitglieder der Schulpflege

Die bisherige Zentralschulpflege setzt sich neben dem Präsidium aus vier nebenamtlichen Mitgliedern und aus den vier vollamtlichen Kreisschulpflege-Präsidien zusammen. Während die nebenamtlichen Mitglieder mit einer Pauschale und Sitzungsgeldern entschädigt werden, erhalten die Kreisschulpflege-Präsidien einen Lohn für ihr 100 % Pensum ausbezahlt. Gestützt auf Art. 57 Abs. 2 der Gemeindeordnung hat der Stadtrat den entsprechenden Lohn mit Beschluss vom 3. Juli 2002 (SRB-Nr. 2002-1092) auf das Maximum der Lohnklasse 14 festgelegt. Heute beträgt dieser Lohn 162 577 Franken pro Jahr.

Die neue Schulpflege wird sich neben dem Präsidium aus sechs teilamtlichen Mitgliedern zusammensetzen. Sie ist aufgrund ihres Aufbaus und der Aufgaben nur bedingt mit der bisherigen Zentralschulpflege oder den Kreisschulpflegern zu vergleichen. Einerseits wird die neue Schulpflege als die strategische Behörde in Schulfragen gestärkt. Andererseits werden die Mitglieder der neuen Schulpflege keine Führungsfunktion mehr innehaben. Für die Entschädigung der Mitglieder der Schulpflege kann daher nicht auf die bisherige Lohnklasse (14) der vollamtlichen Kreisschulpflege-Präsidien abgestützt werden. Vielmehr ist aufgrund der fehlenden Personalführung die Einstufung in der Lohnklasse 12 (Maximum: 142 212 Franken) angezeigt. Daraus ergibt sich aufgrund der zeitlichen Beanspruchung von 40 % eine Entschädigung von 56 885 Franken pro Schulpflegemitglied. Da es sich jedoch um ein reines Behördenamt ohne Personalführungsfunktion handelt, ist eine Pauschalentschädigung einer Anstellung mit Lohn vorzuziehen. Der Vizepräsident oder die Vizepräsidentin erhält zusätzlich eine Pauschalentschädigung von 10 % der Entschädigung der Mitglieder der Schulpflege.

Da die Mitglieder der Schulpflege gewählte Behördenmitglieder mit Repräsentationspflichten und ohne vorgesetzte Stelle sind, ist für die Spesen eine dem Stadtrat analoge Regelung zu treffen und eine Spesenpauschale festzulegen. Vorliegend ist eine Pauschale von 2000 Franken, insbesondere für Reise und Verpflegungskosten, gerechtfertigt.

Die Pauschalentschädigung und die Spesenentschädigungen folgen aufgrund von Art. 2 Abs. 1 i.V.m Art. 55 des Personalstatuts der Teuerungsanpassung des Personals.

6. Kostenfolge

Mit der Reorganisation der Schulbehörden fallen bei der Zentralschulpflege und den Kreisschulpflegern die nebenamtlichen Mitglieder weg. Die vollamtlichen Präsidien der Kreisschulbehörden finden sinngemäss in der Leitung Bildung ihre Fortsetzung und die entsprechenden Kosten werden bei dieser Hierarchiestufe berücksichtigt.

Der Vergleich der wegfallenden und der neuen Kosten ergibt auf Basis des Durchschnitts der Rechnung 2019 und 2020 folgende Kostenfolge:

Entschädigung der vier nebenamtlichen ZSP-Mitglieder	
▪ Behördenentschädigung von 16 000 Franken	
▪ Sitzungsgelder von 13 400 Franken	CHF 29 400
Entschädigung der 43 nebenamtlichen KSP-Mitglieder	
▪ Behördenentschädigung von 133 872 Franken	
▪ Sitzungsgelder von 157 210 Franken	CHF 291 082
Entschädigung der sechs teilamtlichen Schulpflegemitglieder	
▪ Pauschalentschädigung von 56 885 Franken pro Mitglied	
▪ Pauschalentschädigung für Vizepräsidium von 5 689 Franken (10% von Grundentschädigung)	
▪ Spesen von 2 000 Franken pro Mitglied	- CHF 358 999
Total Kostenfolge	CHF 38 517

Es entstehend somit bei der zeitlichen Beanspruchung der sechs Mitglieder der Schulpflege von 40% und der Pauschalentschädigung auf Basis des Maximums der Lohnklasse 12 Mehrkosten im Betrag von 38 517 Franken.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist dem Vorsteher des Departements Schule und Sport übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Simon